

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
zum CSU-Parteitag: Memoi-  
renlesung statt Problembewäl-  
tigung.

Seite 1

Dr. Rose Götte MdB zum  
Bund-Länder-Streit über die  
Einsetzung der Enquete-Kom-  
mission „Zukünftige Bildungs-  
politik - Bildung 2000“: Die  
bildungspolitischen Erforder-  
nisse analysieren.

Seite 3

### Dokumentation:

Einige Passagen aus der Rede  
des neuen Landesvorsitzenden  
SPD Schleswig-Holstein, Gerd  
Walter: Demokratie in  
Deutschland bleibt gefährdeter  
als sonstwo.

Seite 5

42. Jahrgang / 223

23. November 1987

### Memoirenlesung statt Problembewältigung

Zum CSU-Parteitag am vergangenen Wochenende

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Dieser CSU-Parteitag hat deutlich gemacht, daß sich die CSU an allen wichtigen politischen Fronten in der Defensive befindet und daß dem Parteivorsitzenden die Angst im Nacken sitzt. Strauß selbst mußte einräumen, daß der „Trend für die CDU/CSU nicht erfreulich“ ist. Zu den drängenden Problemen, zur Arbeitslosigkeit, zum bayerischen Süd-Nord-Gefälle, zur Not der Bauern, zur Umweltzerstörung, zur Angst der Menschen vor atomaren Katastrophen hatte Strauß nahezu nichts zu sagen.

Die Parteitagsrede von Strauß war geprägt durch rückwärts gewandte Rechtfertigungsrhetorik und Vergangenheitsbewältigung. Memoirenlesung statt Problembewältigung war angesagt. Strauß zitierte über weite Strecken offenbar aus seinen Erinnerungen, die er gerade verfaßt.

Auf geradezu peinliche Weise bettelte der CSU-Vorsitzende darum, man möge ihn vor einem Dankzettel bei der Wiederwahl verschonen. Man möge doch, flichte der CSU-Vorsitzende, seine gewaltigen waltpolitischen Leistungen sehen, und was man ihm jüngst ankreidete - Stichworte Kiel und Jaumann -, das liege an einem „intriganten Medienbereich“, an „falscher Auslegung“, an der Unfähigkeit der Leute, seine Ironie zu erkennen. Die Strauß'sche Interpretation der Wirklichkeit und seine Menschenbeurteilung nehmen allmählich irrealer Züge an.

Zur Medienbeschimpfung fügte der CSU-Vorsitzende allgemeine Bürgerbeschimpfung: „Viele Bürger sind weder informationsfähig noch informationswillig“. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die informative Lektüre des CSU-Organs „Bayernkurier“ - allen ernstes, ohne Ironie.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.



Aus der Barschel-Affäre hat der CSU-Vorsitzende nichts gelernt. Er gehört zu denen, die hemmungslos dem Zynismus der Macht und Machterhaltung frönen. Beispielsweise erläuterte er, daß man vor der Niedersachsenwahl den Bauern noch schnell einige Subventionsmillionen reichen müßte. Strauß begründete dies nicht sachlich, sondern ausdrücklich und ungeniert mit Wahlkalkül. Das war übrigens schon alles, was Strauß zur Agrarpolitik einfiel.

Zur Arbeitslosigkeit merkte der CSU-Vorsitzende an, man habe „im Interesse unseres Arbeitsmarktes“ im Zuge der Steuerreform den Spitzensteuersatz von 56 auf 53 Prozent senken müssen. War das nun Ironie? Oder glaubt Strauß allen Ernstes, die Spitzenverdiener würden ihre eingesparten Steuermillionen in den Arbeitsmarkt investieren - statt nach Liechtenstein?

Einen gewissen Unterhaltungswert will ich der Strauß-Rede nicht absprechen. Wahrscheinlich fiel deswegen der Denkwert nicht größer aus.

Auf die niveaulosen Attacken des CSU-Generalsekretärs gegen Führungspersonen der bayerischen SPD will ich nicht eingehen. Mit aller Schärfe weise ich allerdings Tandler's Kritik an der Begehung des WAA-Geländes durch Sozialdemokraten zurück. Wir Sozialdemokraten lassen uns weder von Tandler, noch von der Staatsregierung, noch von Chaoten davon abbringen, in friedlicher Form unseren Widerstand gegen die WAA zum Ausdruck zu bringen. Es wird immer offensichtlicher, daß die CSU mit der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts und der Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagrafen in Wirklichkeit das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit schlicht abschaffen will.

(-/23.11.1987/rs/fr)

\* \* \*



Die bildungspolitischen Erfordernisse analysieren

Zum Bund-Länder-Streit über die Einsetzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“

Von Dr. Rose Götte MdB

Helfen wir uns gegenseitig, uns für unsere Arbeit in den Parlamenten des Bundes und der Länder möglichst sachkundig zu machen oder vergeuden wir unsere Kräfte mit formaljuristisch verpackten kleinkarierten Eifersüchteleien? Diese Frage stellt sich angesichts der Aufregung in einigen Ländern über die Absicht des Deutschen Bundestages, eine Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“ einzusetzen.

„Schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken“ meldet der Präsident des Landtags von Rheinland-Pfalz, Dr. Heinz Peter Volkert, an und unterstellt vorsichtshalber dem Bundestag, dieser wolle die Ergebnisse der Enquete-Kommission dazu gebrauchen, Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder an den Bund zu übertragen.

„Eingriffe“ und „Übergriffe“ in die Kulturhoheit der Länder befürchtet der bayerische Landtagspräsident Dr. Franz Heubl. Er verweist darauf, daß die beabsichtigte Enquete-Kommission die Position der Länder „schmerzlich beeinträchtigen“ könnte, weshalb er eine „weise und kluge Zurückhaltung bei der Besetzung von Politikfeldern“ empfiehlt.

Um diese weise und kluge Zurückhaltung bemühen sich die Fraktionen des Bundestages. Niemand denkt daran, Kompetenzen zu verlagern oder in die Gesetzgebung der Länder einzugreifen. Was die Parlamentarier des Bundestages wollen, ist nicht mehr und nicht weniger, als eine Untersuchung der Faktoren, die der Bundestag für wichtige Entscheidungen bei Fragen der Bildungs- und Beschäftigungspolitik im Rahmen seiner Zuständigkeit kennen muß.

Laut Grundgesetz (Artikel 73, 74 und 75 Grundgesetz) ist der Bundesgesetzgeber zuständig

- für die Regelung der Ausbildungsbeihilfen und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung,
- für die Regelung des Berufsrechtes, die auch die Kompetenz zur Regelung der Zugangsvoraussetzungen für die verschiedenen Berufe umfaßt,
- für den betrieblichen Teil der Berufsausbildung,
- für die außerschulische Jugendausbildung einschließlich der Elementarerziehung,
- für die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens,
- für das Schulwesen und die Kulturpflege im Ausland,
- sowie für das Besoldungs- und Beamtenrecht der im Bildungsbereich Tätigen.

Die Schulpolitik der verschiedenen Bundesländer soll nicht Gegenstand der Untersuchung sein, wohl aber die Frage, wie sich die Bildungsbeteiligung entwickelt hat, welche Schichten, Geschlechts- und Altersgruppen aus welchen Gründen benachteiligt sind, wie deren Chancen verbessert werden können.



Die Kommission soll nicht untersuchen, worin sich die Lehrpläne der Schulen in den Bundesländern unterscheiden, es soll aber eine Antwort auf die Frage gesucht werden, welche Anforderungen an das Bildungssystem sich aus Veränderungen in der Arbeitswelt ergeben, das heißt welche Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und sozialen Haltungen in der Berufsausbildung, der Hochschule, der Weiterbildung und der außerschulischen Jugendbildung vermittelt werden müssen.

Weiter soll untersucht werden, welche finanziellen Mittel für die künftige Bildungspolitik erforderlich sind, von wem sie aufgebracht werden sollen und wie die individuelle Ausbildungsförderung zu gestalten ist. Gegenstand der Untersuchung wird außerdem die Frage sein, wie das Personal im Bildungsbereich auf neue Entwicklungen vorbereitet werden kann und welche Veränderungen sich für das Besoldungs- und Beamtenrecht ergeben könnten.

Ein großer Teil der Erkenntnisse, die die Enquete-Kommission vermitteln soll, dürfte für die Arbeit der Bildungspolitiker in den Landesparlamenten hilfreich sein. Deshalb sollten die Landtage in der Arbeit dieser Kommission keine Bedrohung, sondern eine Unterstützung sehen. Dies umso mehr, als grundlegende Fragen einer künftigen gemeinsamen Bildungspolitik von der Kultusministerkonferenz so gut wie überhaupt nicht behandelt werden. Nicht umsonst wird diesem Gremium immer wieder vorgeworfen, es beschäftige sich vorwiegend mit Erbsenzählerei - und dies hinter verschlossenen Türen.

Die Zeiten, in denen ein Bildungsgesamtplan als Orientierungshilfe für Politiker und die Gesellschaft entwickelt und öffentlich diskutiert wurde, sind - leider - vorbei. Eine Enquete-Kommission kann einen solchen Gesamtplan nicht ersetzen; sie kann aber eine Analyse der gegenwärtigen und künftigen Situation vorlegen und Hinweise dazu geben, wo beim Bundestag Handlungsbedarf besteht. Aber vor den Möglichkeiten zu handeln, steht der Bedarf an einheitlich erarbeiteter Information. Schon deshalb ist die Kommission aus der Sicht von Bund und Ländern notwendig. (-/23.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**

**Gerd Walter: Demokratie in Deutschland bleibt gefährdeter als sonstwo**

Der neue Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Gerd Walter MdEP, hielt auf dem Kieler Parteitag am Samstag eine programmatische Rede. Wir dokumentieren daraus einige Passagen, die sich mit der Kieler Affäre befassen und einige Rede-Abschnitte, in denen der mit 150 von 182 Stimmen gewählte neue Landesvorsitzende seine Vorstellungen skizziert.

**Die politische Kultur**

Demokratische politische Kultur hat es in Deutschland immer schwer gehabt. Die unvollendete demokratische Revolution, die Tragik der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und das Trauma deutscher und europäischer Teilung haben dazu beigetragen, daß die Diffamierung - ja auch die Vernichtung der demokratischen und sozialen Opposition hier eine so schmerzliche Tradition hat.

Immer wieder hat die deutsche Rechte tiefe Gräben durch das Volk gezogen - zwischen guten Deutschen und vaterlandslosen Gesellen/innen.

So war es 1878 das Sozialistengesetz.

Und so war es 50 Jahre später, als es in Weimar Hitler den Weg bereiten half, daß bürgerliche Kreise den von Thomas Mann schon 1922 in einer Rede über Gerhard Hauptmann erhobenen Appell, sich mit einer gemeinsam mit den Sozialdemokraten getragenen Republik auszusöhnen, in den Wind schlugen und lieber mit den Nazis paktieren. Mit d e n Nazis, die dann die Diffamierung der Opposition zur Vernichtung grausam perfektionierten.

Auch in der Bundesrepublik hat die Diffamierung der Opposition Geschichte:

Die Wahlkämpfe der 50er Jahre, „Freiheit statt Sozialismus“; Steffen, der „Ulbricht-Deutsche“.

Ich will damit sagen: Der Schmutz-Wahlkampf des Jahres 1987 war kein Ausrutscher - er hat eine lange reaktionäre politische Tradition.

Es war auch nicht das Werk eines Einzelgängers. Lange Jahre Parteibuch-Herrschaft in Schleswig-Holstein. Lange Jahre Verquickung von Staat und Partei, lange Jahre Machtausübung, die zum Selbstzweck wird, lange Jahre Diffamierung von Opposition haben überhaupt erst das Milieu geschaffen, in dem einer wie Reiner Pfeiffer operieren konnte.

Und schließlich:

Dieser Schmutz-Wahlkampf signalisiert auch keine Staatskrise.

Im Interesse vieler tausend loyaler Staatsbediensteter, vieler funktionierender demokratischer Institutionen, vieler ehrlicher ehren- und hauptamtlicher Politikerinnen und Politiker sollten wir festhalten:

Wenn die Regierungspartei eine unheilvolle Symbiose mit einem Großverlag und mit Staatsorganen eingegangen ist, dann ist das keine Staatskrise - es ist die Krise einer Partei, die den Staat für ihre Zwecke mißbraucht hat.

Dieser Wahlkampf - ich rede nicht von den subversiven Aktionen aus der Staatskanzlei - hat auch einen Hauptverantwortlichen, der bis heute jede Entschuldigung ablehnt und dessen Versuch, sich aus dieser Verantwortung herauszustehlen, wir immer wieder einen Satz entgegenstellen werden.

Der „kühle Klare“ aus dem Norden ist in Wahrheit der eiskalte Verantwortliche für den schmutzigsten Wahlkampf, der jemals in der Geschichte der 2. deutschen Republik geführt wurde.

Die Diffamierung der linken sozialen Opposition und die vordergründige Ideologisierung der großen gesellschaftspolitischen Themen waren stets zwei Seiten einer Medaille. Muß denn die Suche nach neuen und besseren Wegen in der Bildungspolitik zum Glaubenskrieg ausarten? Muß jede Idee für mehr Gerechtigkeit in der Einkommens- und Vermögensverteilung gleich zum „Tanz ums goldene Kalb“ der Marktwirtschaft führen?



Eine Kultur des politischen Streits über den richtigen Weg hat sich in der Bundesrepublik nie entwickelt.

Wir können nicht das Modell des schwedischen Volkshauses vom Reißbrett nehmen und bei uns unverändert errichten. Einige Möbelstücke können wir gleichwohl übernehmen. Zum Beispiel die große Übereinstimmung darüber, daß alle Menschen gleich und frei sind. Vielleicht auch die Tradition der Volksdiskussion über die großen Zukunftsfragen der Nation, die mit dem Ziel breiter gesellschaftlicher Übereinstimmung geführt werden.

Von der Kieler Affäre können Anstöße zur Entstehung einer politischen Kultur ausgehen, wenn das Prinzip der Sicherheitspartnerschaft in der Außenpolitik ergänzt wird um das der Verantwortungsgemeinschaft in der Innenpolitik. Wenn die Erkenntnis, äußere Sicherheit nicht mehr gegeneinander zu errüsten, sondern nur noch gemeinsam erreichen zu können, um die Erkenntnis ergänzt wird, daß auch innenpolitisch abgerüstet werden muß.

Alles muß klar sein: Demokratie in Deutschland bleibt gefährdeter als anderswo. Sie kann nicht beliebig parteipolitisch ausgebeutet werden.

Das gilt vor allem bei den ungelösten Strukturkrisen, die schon immer den Boden für reaktionäre Kräfte gut gedüngt haben.

Alle müssen darüber hinaus neu lernen, daß demokratische Mehrheitsentscheidungen von heute nicht mehr bedenkenlos getroffen und exekutiert werden dürfen, wenn die nachfolgenden Generationen aus diesen Entscheidungen nicht mehr aussteigen können.

#### Der Landesvorsitzende

Ein letztes Wort zu mir: Was könnt Ihr von mir erwarten und womit müßt Ihr bei mir rechnen. Ich trete mit vollem Einsatz und inzwischen auch mit Lust an. Ich warne trotzdem:

Es besteht die Gefahr, daß ich auch als Landesvorsitzender gelegentlich ein Buch lese. Die Lektüre eines Krimis, eines Romans oder einer Biografie, die nicht der Vorbereitung des nächsten Parteitagess dienen, haben noch niemanden geschadet.

Es ist damit zu rechnen, daß ich gelegentlich zu Terminanforderungen sage: Nein - ich brauche ein wenig Zeit für mich. Die rücksichtslose Ausbeutung des Zeitbudgets sozialdemokratischer Funktionäre und Funktionärinnen auf allen Ebenen war für mich noch nie ein Qualitätsmerkmal unserer Parteiarbeit.

Ich werde das eingangs geschilderte Klima, das im Landesverband der SPD besteht, pflegen und verteidigen. Das ist unser ureigener Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes und unserer Partei. Dabei solltet Ihr wissen: Ich hasse Opportunismus. Ich achte einen aufrechten Konservativen mehr als einen opportunistischen Linken.

Ich bin es aus dem Europäischen Parlament gewöhnt, unterschiedliche Überzeugungen zu respektieren, mit Leuten anderer politischer Richtungen zu reden, persönlichen Kontakt zu haben und zusammenzuarbeiten, wenn es die Sache erlaubt. Das gilt für Christdemokraten und Liberale ebenso wie für Grüne, für Kommunisten und für britische Konservative. Ich habe die Absicht, mir dies in meiner zukünftigen Arbeit ohne die hierzulande üblichen Berührungsanste zu bewahren.

Ich werde Euren Beitrag zur zukünftigen Arbeit nicht nur erbitten, sondern ihn auch einfordern. Es gibt so viel Sachverstand unter unseren Kommunalpolitikern/innen, unter unseren Bundes- und Landtagsabgeordneten, in unseren Arbeitsgemeinschaften, daß wir dumm wären, wenn wir ihn nicht nutzten.

Ich werde in Zukunft aber auch verstärkt Wissenschaftler/innen, Künstler/innen und andere Sachverständige, die nicht zur SPD Schleswig-Holstein gehören, um Rat und Hilfe für die Partei bitten. Weil ich mir nicht einbilde, daß wir allen Sachverstand in der Partei hätten. Ich achte die Leistung der in der SPD Beschäftigten sehr hoch. Wenn es um die Beseitigung vorhandener organisatorischer Schwächen geht, werde ich aber auch ein unnachgiebiger Gesprächspartner sein...

(-/23.11.1987/vo-hs/rs)

